

Grußwort zur Neueröffnung des Sozialen Dienstleistungszentrums Altona

Landespastorin Annegrethe Stoltenberg, 9. April 2008

Sehr geehrter Herr Warmke-Rose,
sehr geehrte Frau Domres,
sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Freunde und Gäste des sozialen Dienstleistungszentrums Altona!

Die Nachbarschaft war in biblischer Zeit ein hoher Wert. Neben der tatkräftigen Unterstützung, die Nachbarn einander zu leisten hatten, teilte man auch die Freude, wenn etwas Neues begann: Mit dem Ruf „Freut euch mit mir!“ wurden Freunde und Nachbarn zusammen gerufen, wenn es etwas zu feiern gab (LK 15,6-verl. Schaf + LK 15,9-verl. Groschen).

Reste davon sind heute höchstens noch in ländlichen Gebieten zu finden, meist ist davon nur die Mithilfe bei Familienfesten und Begräbnissen übrig geblieben. In unserer modernen urbanen Gesellschaft regiert eher das „Prinzip Abgrenzung“, als das „Prinzip Nachbarschaft“.

Deshalb war es eine freudige Überraschung für mich als „Nachbarin“, dass Ihre freundliche Einladung kam.

Selbstverständlich und normal ist bei Ihnen, dass Sie zu solchen Anlässen Vertreterinnen und Vertreter der Stadt oder der Politik einladen.

Deshalb ist es schon eine „kleine Revolution“, dass wir heute als Nachbarn gefragt wurden. Wie Sie gehört haben, entspricht das ganz der o.g. Haltung aus biblischen Zeiten.

Aber es ist ja noch mehr: Sie haben mich als Landespastorin gebeten, zu diesem Anlaß die Einweihungsrede zu halten und da fühle ich mich besonders geehrt und auch verstanden, denn die Diakonie wird von Ihnen damit nicht nur als Nachbarin, sondern auch als Partnerin angefragt, ja gewürdigt. Schließlich kommen wir als Diakonie ja auch nicht ganz „von außen“, sondern haben etliche Berührungspunkte miteinander.

Unsere Nachbarschaft ist also nicht nur eine „Gemeinschaft des Ortes“, sondern auch eine Gemeinschaft der Inhalte. Darauf werde ich gleich noch genauer eingehen.

Es ist jedenfalls ausdrücklich zu begrüßen, wenn nicht-staatliche, aber auch gemeinnützige Akteure bei einem Anlaß wie diesem so aktiv mit einbezogen werden! Denn damit wird das Prinzip der Subsidiarität ganz offensichtlich. Dieses Prinzip ist ja eine wichtige Grundlage unseres föderalen Staatssystems in der Bundesrepublik Deutschland und genau so gemeint: Der Staat versteht sich nicht einfach als „identisch“ mit der Gesellschaft; er übernimmt Aufgaben für alle, er bekommt dazu Geld von allen anvertraut – ist aber nicht der Besitzer, nicht der „Allein- und Alles-Bestimmer“. Vielmehr bezieht er gesellschaftliche Kräfte mit ein. Er muß und will nicht alles allein machen, sondern kann und soll (!) bestimmte Aufgaben an verschiedene Einrichtungen oder Träger delegieren, die die Pluralität unserer Gesellschaft abbilden – und zwar alle zusammen, nicht jede in sich. Davon verspricht sich der Staat positive Beiträge zur gemeinsamen, partnerschaftlichen Gestaltung des Gemeinwesens – ja, zur Stärkung unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts. Er selbst bewahrt damit seine religiöse und weltanschauliche Neutralität, und räumt gleichzeitig solchen wertgebundenen Gemeinschaften die Möglichkeit zur Mitwirkung ein.

Sie merken: Ich bin also wirklich sehr gern aus der neuen in die alte Königstrasse herüber gekommen! Übrigens auch schon vor sechs Tagen zum Kennenlernen, lieber Herr Warmke-Rose und liebe Frau Domres – da hat uns die Gemeinschaft des Ortes dann spontan auch gleich zu einer Gegeneinladung, besser einer Stippvisite ins Dorothee-Sölle-Haus motiviert – darüber habe ich mich gefreut!

Jetzt möchte ich - wie angekündigt - noch ein paar Gedanken zur „Gemeinschaft der Inhalte“ mit Ihnen teilen.

Die Diakonie ist hamburgweit als Akteurin der Sozialen Arbeit und der Sozialpolitik präsent und sie steht vor Ort und auch als Landesverband als fachlicher und sozialpolitischer Ansprechpartner zur Verfügung. Kirche und diakonische Einrichtungen sind aufs Engste mit dem Leben im Gemeinwesen im Stadtteil verbunden. Außerdem ist die Diakonie in allen Aufgabenfeldern, die im Sozialen DLZ bearbeitet werden, praktisch tätig.

Sie leistet mit ihren über 750 Einrichtungen in Hamburg direkte soziale Arbeit in der Rolle des Leistungs-Erbringers mit den Menschen, denen in den Sozialen DLZ die Hilfen nach Recht und Gesetz gewährt werden, z. B. in den Bereichen:

- Jugendhilfe, Kitas,
- Altenhilfe, Pflege,
- Eingliederungshilfe, Wohnungslosenhilfe,
- Integrationshilfen für Migrantinnen und Migranten.

Sie ist als Landesverband aber auch, bezogen auf das Bundesland, sozialanwaltlich tätig, wenn aus ihrer spezifischen Sicht in Hamburg (und auch bundesweit) die Gestaltung sozialer Leistungen in verschiedenen Bereichen verändert werden muß. Oder wenn neue Standards formuliert und gefordert werden müssen.

Diese Anforderungen und Standards z.B. in der sozialpolitischen Diskussion um Armutsbekämpfung, Höhe der Regelsätze, Reform der Pflegeversicherung, Entwicklung der Wohnungslosenhilfe usw. sind bei uns Ergebnis christlicher, sozialetischer und fachlicher Begründungen. Wenn die Diakonie dabei mitunter auch mal den Widerpart zur Behörde übernimmt, versteht sie sich doch immer als Kooperationspartner in unserem Gemeinwesen. Wir wissen genau: Auch in den Behörden, in den Ämtern und erst recht im DLZ arbeiten Menschen, die sich für eine soziale Stadt Hamburg engagieren.

Das Soziale Dienstleistungszentrum Altona ist ein neuer Auftritt des lokalen Sozialstaates in diesem Bezirk. Aus diakonischer Sicht ist es wichtig, wie dieser Auftritt auf die Menschen als Hilfesuchende, Leistungsberechtigte und Nutzerinnen wirkt. Bürgernähe in der Sozialpolitik und sozialen Arbeit heißt ja :

- umfassende und verständliche Information und Beratung der Bürgerinnen und Bürger über Sozialleistungen,
- die Sicht der BürgerInnen als AuftraggeberInnen und mit Rechten ausgestattete Personen,
- das Verständnis von Beratung als Dialog,
- die Verständigung und Aushandlung von Zielen und Schritten.

Zum sogen. „Fallmanagement“, das als Verfahren neu eingeführt werden soll, ist mir aufgefallen, dass es in Ihrer Feinkonzeption (Seite 8) genau in diesem Sinn beschrieben wird: weniger als ein von einem hierarchischen Verständnis geprägtes Verhältnis zwischen Behörde und BürgerInnen, als vielmehr ein Verfahren, in dem qualifiziertes Personal gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern nach gangbaren Wegen sucht. (Evaluierung + Wirkung, Wunsch + Wahlrecht werden berücksichtigt).

Ich gratuliere Ihnen und uns (ich bin auch Bürgerin von Altona) zu diesem neuen Ansatz des DLZ. Ich sehe, wie hier versucht wird, den eben beschriebenen Geist lebendig werden zu lassen. Nach einer ausführlichen und detailreichen Planung – und einer großen Offenheit, die Planung von der Wirklichkeit korrigieren zu lassen, soll hier verstärkt die Dienstleistung im Vordergrund stehen.

Den im DLZ arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern möchte ich sagen: Wir in der Diakonie kennen die schönen und genauso die schweren Seiten Ihrer Beratungstätigkeiten. Deshalb wünschen wir Ihnen allen die innere Kraft und die Möglichkeit, bei Ihrer Arbeit das richtige Verhältnis von Einfühlung und Distanz zu finden.

Als Pastorin fällt es mir leichter, das zu sagen, weil wir Christenmenschen von den Möglichkeiten und unseren Grenzen ausgehen können und dürfen; d.h.: wir sind aufgefordert zu tun, was wir können und nicht zu resignieren in der Vorstellung wir müssten alles können.

Enden möchte ich mit einem bekannten Gebet des amerikanischen Theologen, Philosophen und Politikwissenschaftlers Reinhold Niebuhr, dass man auch ohne christlich geprägt zu sein, sozusagen als „Stoßgebet“ in Krisenzeiten, sprechen kann:

Gott,
gib mir die Gelassenheit,
Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann,
den Mut,
Dinge zu ändern, die ich ändern kann,
und die Weisheit,
das eine von dem andern zu unterscheiden.

(Reinhold Niebuhr, 1943)

Ich wünsche Ihnen Gottes Segen für Ihre Arbeit und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Auf gute Nachbarschaft!